

Landtagswahl 2013: Wie halten Sie's mit den Kinderrechten?

Sieben Fragen an die SpitzenpolitikerInnen der sieben kandidierenden Parteien

Seit 2005 sind die Kinderrechte in der Salzburger Landesverfassung verankert, doch weder Artikel 2, wonach alle Kinder und Jugendlichen die selben Chancen haben sollen und vor Diskriminierung geschützt werden müssen, noch Artikel 3, wonach das Kindeswohl in der Gesetzgebung immer vorrangig zu behandeln ist, sind verwirklicht. Die kija Salzburg fragt deshalb nach, welche Punkte Sie anpacken werden, um die Situation von (benachteiligten) Kindern und Jugendlichen im Bundesland Salzburg zu verbessern.

Rot = SPÖ; Schwarz = ÖVP; Blau = FPÖ; Grün = Die Grünen; Dunkelrot = KPÖ; Violett = Die Piraten

1. Die Wirtschaftskrise ist in den Familien angekommen. Als Folge öffnet sich die Schere zwischen der Zahl an Kindern und Jugendlichen, die aufgrund von psychischer Erkrankung, Armut, Delinquenz, Gewalterfahrung u. a. Hilfe benötigen, und den Ressourcen, die den entsprechenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Wie werden Sie dem Personalmangel in den betreffenden Berufsgruppen, allen voran in der Jugendwohlfahrt, begegnen?

Bei der Versorgung von Menschen mit psychischen Problemen ist uns eine verbesserte medizinische und therapeutische Behandlung von Kindern und Jugendlichen ein besonderes Anliegen. Wir werden einen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen. Noch heuer wird eine zusätzliche sozialpädagogische Wohngemeinschaft für diese Zielgruppe im Bundesland Salzburg eröffnet. Wir sind gerade dabei, die Finanzierung für ein Zentrum für psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen.

Stationäre Angebote:

CDK: Station für Kinder- und Jugendpsychiatrie: 20 Betten-Station, eine Tagesklinik mit zehn Plätzen sowie eine psychotherapeutische, eine Nachsorge- und eine Notfallambulanz.

KH Schwarzach: Psychiatrie und Psychosomatik

Nach der Fertigstellung des Ausbaus 2014/15:

Zwölf Betten für Kinder und Jugendpsychosomatik bzw. Kinder- und Jugendpsychiatrie als Teil der Abteilungen für Kinder- und Jugendheilkunde

Sonstige Angebote:

- Aus- und Aufbau der frühen Hilfen
- Pro Mente Kinderseelenhilfe

- Kinderschutzzentrum etc...
- Streetwork
- Der Bereich der ambulanten Betreuung für belastete Kinder und deren Familien wurde massiv aufgestockt (von 152 auf 187 Fälle, also + 23 %); Ausgaben: 5 Mio € jährlich
- Eine intensiv betreute Wohngemeinschaft für psychisch erkrankte Kinder- und Jugendliche auf den Weg gebracht (voraussichtlicher Start: 1.4.2013; Standort Hallein; Kapazität 8 Plätze)
- Die Zusammenarbeit zwischen Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendpsychiatrie an der CDK intensiviert (Round Table).
- Ein psychosoziales Zentrum für Kinder und Jugendliche initiiert. Ziel ist die Implementierung eines Psychosozialen Beratungs- und Versorgungszentrums für Kinder und Jugendliche.
- (im Bereich der Beratung sei ein breites Leistungsspektrum im Ressort Dr. Widmann nicht zu vergessen!)

Finanzielle Unterstützung: Kinder bzw. Familien mit Kindern und AlleinerziehrInnen werden im Rahmen der Mindestsicherung in Salzburg besonders unterstützt.

Personal: Aufgrund eines von uns initiierten Regierungsbeschlusses wurde das Personal an den Jugendämtern bereits erheblich aufgestockt. Unter Federführung der Personalabteilung soll im Rahmen des nächsten Budgets die 2.Auftockungsmaßnahme auf die errechnete Sollausstattung umgesetzt werden. Zusätzlich – und um der Forderung des Ressorts noch einmal Nachdruck zu verleihen - hat der Jugendwohlfahrtsbeirat unter dem Vorsitz von LHStv. Walter Steidl in einer Resolution im Umlaufwege die Landesregierung ersucht, "alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den im Bericht der Arbeitsgruppe zur Feststellung des Personalbedarfs in den Jugendämtern ermittelten Personalbedarf zu decken.

Allgemein: Es ist uns gelungen, gerade in budgetär schwierigen Zeiten, die Ausgaben für Kinder und Jugendliche nicht nur vor zu vermeiden, sondern die Leistungen beachtlich auszubauen.

Die Zeiten für Familien und Jugendliche sind durch viele äußere Umstände, Umbrüche und Veränderungen nicht unbedingt leichter geworden. Nicht immer können entstandene Probleme und Krisen innerhalb der eigenen Familie gelöst werden. Daher ist es umso wichtiger, dass Familien, Kinder und Jugendliche viele Möglichkeiten haben, um Hilfe zu bekommen. Dazu braucht es entsprechendes Personal und die notwendigen Budgets. Und es braucht die beste Ausbildung für alle Menschen, die im Jugendbereich arbeiten. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Weiterbildungsmaßnahmen nicht nur dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen, sondern das Angebot auch von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genutzt werden können. Oberstes Ziel muss aber sein, Voraussetzungen zu schaffen und Maßnahmen zu ergreifen, um Kindern und Jugendlichen möglichst früh zu helfen. Prävention statt teurer Reparatur muss die Devise sein. Dazu braucht es einen ressortübergreifenden Plan, was in den Bereichen Familie, Jugend und Soziales angegangen werden muss.

Die personelle Ausstattung der Jugendwohlfahrt ist erschreckend niedrig. Wir haben uns im Landtag mit Nachdruck dafür ausgesprochen, hier unmittelbar Maßnahmen zu setzen. Nur mit zusätzlichen Planstellen können die immer anspruchsvolleren Aufgaben bewältigt werden. Bislang ist die bessere Personalausstattung in der Jugendwohlfahrt an den gegenseitigen Schuldzuweisungen innerhalb der Koalition gescheitert. Arbeitsschwerpunkt einer neuen Landesregierung muss jedenfalls eine personelle Aufstockung sein.

Die Volksanwaltschaft forderte bereits in ihrem Bericht 2007/2008, dass im Bereich der Jugendwohlfahrt dringend mehr Personal für die Sozialarbeit eingestellt werden müsse. Seit Jahren ist die prekäre personelle Situation in der Salzburger Jugendwohlfahrt bekannt. Und seit Jahren schafft es die Landesregierung nicht, die Jugendämter mit dem notwendigen Personal auszustatten. Wir werden weiterhin darauf drängen, die zuständigen Abteilungen und Anstalten (v.a. Krankenanstalten) mit dem erforderlichen Personal auszustatten.

Aufstockung der finanziellen Mittel für Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen.

Die Salzburger PiratInnen haben sich immer klar zur Jugend bekannt. Gerade in diesem Bereich darf nicht gespart werden. Auch wenn in Summe wegen der von SPÖ und ÖVP begangenen Fehler in der Vergangenheit sicher gespart werden muss: in der Jugendwohlfahrt darf es zu keinen Kürzungen kommen, im Gegenteil: wo es notwendig ist soll und muss finanziell sogar aufgestockt werden.

2. Mobbing, Gewalt, Schulverweigerung und im Stich gelassene LehrerInnen sind auch in Salzburg Alltag für viele SchülerInnen. Wie lauten Ihre Ideen, um die Vision "Schule als Lebensraum" in Salzburg zu verwirklichen?

Junge Menschen brauchen Perspektiven, Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze. Dafür braucht es Rahmenbedingungen, ein friedliches Miteinander. Ziel der Gewaltpräventionsprojekte im Land Salzburg ist es Spannungen an den Schulen professionell und engagiert beizulegen, nachhaltige Konfliktbearbeitung gemeinsam mit den SchülerInnen, LehrerInnen und den Eltern durchzuführen, um Schulkindern eine Brücke in die Zukunft zu bauen.

Schulen benötigen Hilfestellungen bei der Bearbeitung konkreter Konflikte in Schulklassen, die LehrerInnen brauchen Unterstützung bei der Bearbeitung interner Konflikte und Schulen müssen begleitet und auch dazu ermächtigt sein, selbstständig eine konstruktive Konfliktkultur zu entwickeln. Hinter jeder Krise verbirgt sich jedoch eine Chance. Der richtige Umgang in solchen Situationen ist oft schwierig und sollte gelernt sein.

Wenn Angst und Betroffenheit nach traumatisierenden Ereignissen verstärkt auftreten brauchen unsere Schülerinnen und Schüler Hilfe zur Bewältigung. Erster Ansprechpartner dafür sind meist die Lehrkräfte und die SchulleiterInnen. Diese Aufgabe bedarf häufig auch einer Unterstützung durch Expertinnen und Experten sowie einer gut koordinierten Zusammenarbeit. Gewaltprävention an den Schulen ist seit 2004 ein Schwerpunkt der Bildungspolitik von Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller. Seither hat sich viel getan und es gibt ein breites Angebot zur Gewaltprävention an allen Schulen in Stadt und Land Salzburg.

- Es laufen viele Projekte zu unterschiedlichen Schwerpunkten von Verbesserung der Kommunikation über Konfliktberatung bis hin zum Abbau von Vorurteilen. Anbieter dieser Projekte sind etwa Akzente, Friedensbüro, Kinder- und Jugendanwaltschaft, KIS, Kinderschutzzentrum, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst, Männerwelten, Neustart, Verein Selbstbewusst, Salzburger Bildungswerk, Verein Spektrum etc.
- Das Land Salzburg unterstützt die Ausbildung von Multiplikatoren, wo SchülerInnen zu sogenannten Peers ausgebildet werden. Gleichaltrige SchülerInnen hören aufeinander viel besser und wirken auch glaubhafter als Erwachsene. Dies bestätigte auch die Evaluation der Peer-Ausbildung der Schulprojekte, die von den Kiwanis-Klubs und dem Land Salzburg finanziell getragen wurden. Unisono wurde von den Schulen rückgemeldet, dass sich das Schulklima eindeutig verbessert habe, die Anzahl von wahrgenommenen

- Gewalthandlungen deutlich zurückgegangen sei und insgesamt eine andere Form der Konfliktkultur wahrgenommen werde.
- Weiters hat Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller das erfolgreiche Projekt "Assisstenz zur Ermöglichung des Unterrichts", für die Betreuung schwer beschulbarer bzw. aggressiver Kinder ins Leben gerufen. Das Projekt wird jährlich mit mehr als € 400.000, - aus dem Bildungsressort finanziert und wird weitergeführt. Der im Jahr 2006 gestartete Pilotversuch des Assistenten zur Ermöglichung des Unterrichts ist für die Schulen eine große Unterstützung und ein Instrument der Gewaltprävention an Schulen.
- Zur Unterstützung der Schulen steht auch die Schulpsychologie des Landesschulrates zur Verfügung, sowie die an den Schulen eingesetzten Beratungs- und VertrauenslehrerInnen.
- Für den Anlassfall stehen Salzburgs Schulen seit dem Schuljahr 2010 die von der Schulpsychologie Salzburg entwickelten Krisenmappen zur Verfügung. Gerade in Notsituationen oder bei tragischen Ereignissen werden Schulleiter mit einer Vielzahl an Aufgaben und dringlichen Anfragen gleichzeitig konfrontiert. Als Unterstützung in der Akutsituation gedacht, enthält die Krisenmappe aber auch eine Reihe von Maßnahmen, welche bereits vorab getroffen werden können um im Notfall rasch handeln zu können. Der Leitfaden wirft einen Blick auf notwendige Handlungsabläufe und unterschiedliche Strukturen, die zur Problemlösung geeignet sind und hilft, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Im Herbst 2011 startete das Projekt "JETZT Soziale Arbeit in der Schule". Das Projekt "JETZT Soziale Arbeit in der Schule" (kurz JETZT) versteht sich als Schnittstelle zwischen Schule und der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen. Die an dem Projekt beteiligten Sozialarbeiter/innen arbeiten sowohl an der Schule als auch im außerschulischen Bereich. Zielgruppe sind in erster Linie die Kinder und Jugendlichen. JETZT agiert als Sprachrohr für alle Schüler/innen und nicht nur für die so genannten "Problemfälle". Darüber hinaus sollen auch Lehrer/innen und Eltern zum Beispiel einer Elternberatung unterstützt werden. Eine wichtige Aufgabe von JETZT ist zu vernetzen, da nicht alle Probleme von den Sozialarbeiter/innen gelöst und behandelt werden können. In speziellen Fällen können die Jugendlichen z.B. an Streitschlichter/innen, das sind Gleichaltrige, die die Mitschüler/innen unterstützen, herantreten oder bei Lernschwierigkeiten und für die Hilfe bei Hausaufgaben bzw. zur Freizeitgestaltung an andere außerschulische Einrichtungen vermittelt werden. Auch Kontakte zu Polizei, Jugendwohlfahrt und Sozialamt sind in manchen Fällen wichtig und hilfreich. Das Pilotprojekt Schulsozialarbeit JETZT wird 2013 im Land Salzburg weitergeführt. Ein Ausbau der Schulsozialarbeit für weitere "Brennpunktschulen bzw. Brennpunktbezirke" wird geplant.

"Jede Krise ist auch eine Chance. Die Chance besteht darin, die Situation zu erkennen und gemeinsam zu bewältigen!"

Die Bildungslandschaft ist in ständiger Veränderung. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse und gesellschaftliche Umbrüche erfordern auch entsprechende Reformen. Ideologische Mauern haben hier nichts verloren. Wir stehen für eine ernsthafte, offene Diskussion, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Jede und jeder soll seine Neigungen und Begabungen optimal entfalten können und die Förderungen und Herausforderungen vorfinden, die er oder sie braucht. Wir sehen die Aufgabe der Politik darin, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jeder einzelne junge Mensch die Chance bekommt, einen erfolgreichen Bildungsweg zu beschreiten. Neue Modelle und Schulversuche sollen in Salzburg dafür sorgen, dass neueste pädagogische, lernpsychologische und neurophysiologische Erkenntnisse umgesetzt werden.

"Schule als Lebensraum" ist vielfältig zu sehen. Dies betrifft zum einen die räumliche Gestaltung, die im Zuge von Umbaumaßnahmen den neuen Erfordernissen angepasst werden muss. Der Lebensraum Schule sollte auch auf das Leben vorbereiten. Das heißt Fähigkeiten zu schärfen und Fertigkeiten zu vermitteln, die weniger faktenorientiert, sondern vielmehr lebensnah sind. Die Schule braucht auch Schwerpunkte im Bereich der emotionalen Bildung/Ausbildung.

Um Problemen zu begegnen brauchen wir viel mehr BeratungslehrerInnen bei pädagogischen und sozialen Problemen ebenso wie Beratungsstellen für Lehrer angesichts der immer stärker werdenden Belastung. Damit Schule zu einem Ort zum Wohlfühlen mit motivierten LehrerInnen wird, muss jedoch umfassend umgedacht werden, deshalb fordern wir außerdem:

- Gleiche Bildungschancen für alle
- Die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen, mit einem ganztägigen Bildungsund Förderangebot
- Kostenlose Nachmittagsbetreuung mit individueller F\u00f6rderung
- Stärkung der Schulautonomie

Zumindest Ausbau der psychologischen Betreuung von SchülerInnen und Lehrkräften, verstärkte Einbindung der Eltern etc.

Leider wirken sich wirtschaftliche Probleme in der Familie am Ende immer auch direkt auf die Kinder aus. Die Lösung für all die genannten Probleme kann nicht ausschließlich aus der Schule heraus kommen. Hier ist die Politik gefragt ein Umfeld zu schaffen, dass es den Kindern wieder ermöglicht in glücklichen Familien aufzuwachsen. Ein erster Schritt ist hier sicher auch Wohnen wieder leistbar zu machen und den Eltern so enormen Druck von den Schultern zu nehmen. Druck der sich sonst früher oder später an den Schwächsten entlädt. Natürlich müssen neben dem gesamten Umfeld auch Maßnahmen in der Schule gesetzt werden. Supervision für LehrerInnen und eine leistungsfähige Ombudsstelle können hier zum Beispiel helfen.

- 3. Seit 1989 gilt in Österreich das Gewaltschutzgesetz. Trotzdem wenden laut einer Studie des bmwfj 70 Prozent aller Eltern zumindest die "g'sunde Watschen" als Erziehungsmittel an (zum Vergleich: In Schweden greifen nur 24 Prozent auf körperliche Bestrafung zurück). Wie können Kinder und Jugendliche besser vor familiärer Gewalt geschützt werden?
 - Die Politik muss dazu klar Stellung beziehen und sich gegen jede Form von Gewalt gegen Kinder aussprechen und sich für die Rechte von Kindern einsetzen. Gewalt an Kindern darf nicht verharmlost werden.
 - Es müssen die Eltern aufgeklärt werden, dass auch die "g'sunde Watschn" in Österreich per Gesetz verboten ist und definitiv kein Erziehungsmittel darstellt. Außerdem ist sie pädagogisch komplett sinnlos, weil die Kinder dadurch lernen, Konflikte mit Gewalt zu bereinigen.
 - Präventiv muss den Eltern in der Erziehungsarbeit unter die Arme gegriffen werden, damit so etwas erst gar nicht passiert: Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes, sowie Ausbau der außerschulischen Jugendarbeit.
 - Lehrpersonen können hier eine wichtige Vorbildfunktion durch ihr Handeln erfüllen. Gerade diese Personen sind es aber auch, die Gewalt an Kindern oft als erstes bemerken. Hier ist aktives Handeln gefragt: Hinschauen statt Wegschauen!

Dass körperliche und seelische Gewalt gegenüber Kindern seit 1989 in Österreich verboten ist, heißt leider nicht, dass es heutzutage keine körperliche und seelische Gewalt mehr gegenüber Kindern und Jugendlichen gibt. Die Politik hat hier von der Rechtseite her alles Erdenkliche getan. Trotzdem muss es uns gelingen, bereits jeden Versuch, sich an den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu vergehen, im Keim zu ersticken. Gefragt sind deshalb auch heute noch Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement. Wir dürfen nicht wegschauen, nicht weghören, nicht weitergehen und nicht denken "Das geht mich nichts an". Wünschenswert ist ein rascheres und unbürokratischeres Einschreiten schon bei Verdacht von Missbrauch und Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen. Dabei soll Kinderschutz vor Datenschutz gehen.

Die 70% kann ich nicht nachvollziehen, doch ist Gewalt in der Familie nach wie vor ein brennendes Problem, das weniger auf traditionelle Rollenbilder, sondern auf die Lebensumstände zurückzuführen ist. Immer höherer Arbeitsdruck, finanzielle Sorgen, schlechte Wohnverhältnisse oder Beziehungsprobleme sind vielfach der Auslöser für Gewalt. Nachhaltige Maßnahmen in diesem Bereich werden wahrscheinlich auf Sicht zu einer Reduktion von familiärer Gewalt führen. Der Ausbau der Erziehungsberatung und eine gezielte Krisenintervention sind ebenso zielführend wie Informationsoffensiven zu Kinderrechten.

Neben gesetzlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Gewalt bedarf es auch einer breit angelegten Bewusstseinsbildung. Daneben sind Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen und präventive Maßnahmen zu treffen, um einer Überforderung entgegenzuwirken. Dazu ist die Etablierung eines umfassenden psychosozialen Netzwerkes für Kinder und Eltern notwendig ebenso wie ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen und organisatorische Rahmenbedingungen für niederschwellige Hilfs- und Unterstützungsangebote und Elternbildungsmaßnahmen für eine gewaltfreie Erziehung.

Wir sehen das Ganze auch als gesamtgesellschaftliches Problem, wobei die wachsende soziale Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsschichten zu einem Ansteigen auch der häusliche Gewalt führt. Auch hier sind zumindest verstärkte Betreuung gefährdeter Familien und die konsequente rechtliche Verfolgung häuslicher Gewalt von Nöten.-Dabei sollten aber die wirklichen sozialen Ursachen erkannt und angegangen werden.

Hier muss man einfach aufklären und ein Problembewusstsein geschaffen werden. Es darf einfach nicht passieren, dass ein Erwachsener sich so machtlos gegenüber seinem körperlich unterlegenen Kind fühlt, dass er oder sie zu Gewalt greift. Die Kommunikation als Mittel zur Prävention muss in den Vordergrund rücken, strafen wenn etwas passiert ist kann nichts ungeschehen machen.

4. In regelmäßigem Abstand erschüttert das Schicksal von Familien, die von Abschiebung bedroht werden, Schulen, Dorfgemeinschaften und Kollegenschaften. Was werden Sie tun, um unbegleiteten und begleiteten minderjährige Flüchtlingen in Salzburg ein würdevolles Leben mit Perspektiven und ohne ständige Angst zu garantieren?

Wir möchten unbedingt das humanitäre Bleiberecht, automatisch nach 5 Jahren Aufenthalt in Österreich. Alle AsylwerberInnen müssen nach 6 Monaten Aufenthalt die Möglichkeit bekommen zu arbeiten. Wenn Kinder betroffen sind, muss das

Kindeswohl über allem stehen, Kinder haben ein Recht auf eine menschenwürdige und chancenreiche Zukunft!

Es muss uns gelingen, ausreichend kinder- und jugendgerechte Plätze für junge Flüchtlinge zu finden bzw. schaffen. Neben Einrichtungen der Jugendwohlfahrt könnten die minderjährigen Flüchtlinge durchaus auch in dafür bereiten Familien untergebracht werden, sofern es professionelle Unterstützung dafür gibt. Als wesentlicher Schritt dazu ist es gerade jetzt gelungen, die Tagsätze in der Grundversorgung anzuheben. Ganz zentral ist, dass die Asylverfahren rasch abgewickelt werden und dass gerade bei den jungen Menschen, die nach Österreich flüchten, humane Bleiberechtsregelungen angewandt werden. Von großer Bedeutung für die jungen Flüchtlinge ist, dass sie Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben. Diesbezüglich ist in der jüngsten Vergangenheit viel erreicht worden: Die Deutschkurse sind finanziell abgesichert und den jugendlichen Asylwerbern steht die Möglichkeit offen, im Rahmen der Basisbildung den Hauptschulabschluss nachzuholen. Uns seit September 2012 haben die jungen Flüchtlinge den vollen Zugang zur Lehre und damit zur Lehrausbildung.

Grundsätzlich sollen alle Flüchtlinge in Österreich gleich behandelt werden. Ein schnelles und faires Asylverfahren ist die Grundlage. Jahrelange Verschleppungen und die Schaffung von Tataschen, die einem rechtsstaatlichen Verfahren entgegenstehen, sind zu verhindern. Dass Kinder als Druckmittel auf die Behörden oder die Politik eingesetzt werden, lehnen wir ab.

Bevor weitere derart unmenschliche Abschiebungen vorgenommen werden, vor denen Betroffene offensichtlich keinen Tag sicher sind, muss gehandelt werden. Dazu wäre es auch sinnvoll, in allernächster Zeit einen "Runden Tisch" einzurichten, in dem alle möglichen Verbesserungen in Salzburg beraten werden. Bei jeder Amtshandlung muss das das Kindeswohl zur Grundlage der Entscheidungen der Behörden gemacht werden.

Die Behörden sind verfassungsrechtlich verpflichtet, bei der Entscheidung über eine Ausweisung das Wohl der davon betroffenen Kinder zu beachten. Sowohl aus Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte von Kindern als auch aus Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt sich die Verpflichtung, die Interessen der von einer Ausweisung betroffenen Kinder vorrangig zu berücksichtigen. Es bedarf daher besonders schwerwiegender Gründe, um die Ausweisung von Kindern oder ihrer Eltern zu rechtfertigen. Wir GRÜNE sind der Überzeugung, dass wir uns hier in Salzburg nicht einfach auf den Bund "ausreden" dürfen, sondern dass wir gefordert sind, für die Kinder und ihre Rechte tätig zu werden. Kinderrechte sind Menschenrechte. Ihre Achtung ist nicht bloß ein Gnadenakt, sondern entspricht einer völker- und verfassungsrechtlichen Verpflichtung.

Die KPÖ ist gegen die derzeitige Asylpraxis und tritt für eine konsequente Anwendung des internationalen Rechtes auf Asyl für alle Verfolgten, insbesondere Minderjährig ein. Gerade in unserem eigenen Interesse sollten wir danach trachten, dass gerade die Minderjährigen umfassende Bildung erhalten und die Familien nicht willkürlich auseinander gerissen werden.

Die PiratInnen sind eine international agierende, "junge" politische Bewegung. Wir haben nicht zu allen Fragen sofort eine passende Antwort. Vielmehr sind wir froh, wenn Menschen uns mit ihren Problemen und Bedürfnissen konfrontieren, damit wir unseren Horizont erweitern können. Die Piratenpartei ist nicht nur eine demokratische

Partei, sie ist auch eine "Mitmachpartei". Diese Frage ist eine jener, bei der wir uns auf externes Expertenwissen verlassen müssen.

- 5. Laut einer Umfrage der kija Salzburg kennen über 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen aus den ländlichen Regionen Salzburgs keine adäquate Beratungsstelle, an die sie sich mit Problemen wenden könnten. Was sind ihre Vorschläge, um der bestehenden regionalen Benachteiligung entgegensteuern?
 - Niederschwellige Angebote schaffen, um jungen Menschen auf Augenhöhe zu begegnen (ohne Registrierung oder Datenaufnahme)
 - Online-Angebote bereitstellen, weil diese anonym genutzt werden können; ohne Registrierung, erleichtert Hemmschwelle, da gerade am Land jede/r jede/n kennt
 - Ausreichend Infomaterial mit Kontaktadressen anbieten
 - Vermehrt Social-Networks nutzen wie z.B. Facebook, den die Jugend muss dort abgeholt werden, wo sie sich befindet

Kinder und Jugendliche stehen in ihrem Leben vor immer komplexeren Herausforderungen. Wenn wir sie dabei unterstützen wollen, müssen wir mit unseren Aktivitäten noch näher an die Jugendlichen herankommen und spezifischer auf ihre Bedürfnisse eingehen. Das gilt auch und gerade für die Beratung. Denn Jugendlichen, die Probleme haben, fällt es schwer Hilfe in einer Beratungsstelle zu suchen, wenn diese weit weg von ihrem Wohnort ist. Mit Hilfe des ÖVP-geführten Jugendreferates des Landes Salzburg ist es Anfang April heurigen Jahres gelungen, eine mobile Jugendberatung auf Schiene zu bringen. Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist jetzt zumindest einmal pro Woche mit einem Bus in den Bezirken Pongau, Lungau und Pinzgau unterwegs. Damit wird den Jugendlichen eine niederschwellige Gesprächs-, Informations- und Beratungsmöglichkeit geboten. Mit dieser mobilen Jugendberatung, die zu den jungen Menschen kommt, ist ein erster und wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem dauerhaften Beratungsangebot gesetzt worden.

Das Beratungsangebot in Salzburg muss jedenfalls flächendeckend zur Verfügung stehen. Dabei ist das bestehende Angebot zu analysieren und Synergien zu nutzen.

Eine viel stärkere Regionalisierung der kija in Salzburg ist unbedingt anzustreben, um frühzeitig und wohnortnah Hilfe leisten zu können, aber auch um Kinderrechts-Projekte wie zB das Projekt "MutMachen" oder den Kinderbeistand regional verankern zu können, und - nicht zuletzt - um dem gesetzlichen Auftrag als Interessensvertretung für alle Kinder und Jugendlichen im Bundesland nachkommen zu können.

Ausbau der Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen am Land.

Wie eingangs erwähnt muss man hier einfach Mittel bereitstellen, um zum Beispiel eine Informationskampagne zu initiieren. So wie wir für die Wählerinnen und Wähler Transparenz und Information einfordern, so tun wir das natürlich auch für Kinder und Jugendliche. Man muss seine Rechte einfach kennen!

6. Facebook, WhatsApp, Smartphones - aus dem Leben vieler Jugendlicher sind die Neuen Medien nicht mehr wegzudenken. Doch der technische Fortschritt birgt auch Schattenseiten und die heißen Cybermobbing, Cybergrooming und Sexting. Wie können Kinder und Jugendliche vor diesen neuen Gefahren geschützt werden?

- Medienkompetenz stärken! Das ist die Software
- Tabloidklassen installieren! Das ist die Hardware
- Kindern eine helfende Hand sein statt ein strafender Zeigefinger
- Das Pilotprojekt CyberCheckers ausbauen: Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt an den NMS Lehen sowie Taxham. Ziel ist die Vermittlung von Medienkompetenz. In der NMS Lehen haben sich knapp 20 SchülerInnen beteiligt. Das Projekt wird von LHF Gabi Burgstaller über das Bildungsressort finanziert; Kinder und Jugendliche sind durch die vermehrte Internetnutzung vielen Gefahren und Fallen ausgesetzt. In der CyberCheckers Ausbildung (4 Module zu je zwei Einheiten) wird durch die Vermittlung von Medienkompetenz präventiv daran gearbeitet, dass Kinder und Jugendliche sich sicher im Netz bewegen, die Chancen und Herausforderungen im WorldWideWeb wahrnehmen und sich vor negativen Konsequenzen schützen können. Das Hinterfragen von Internetdiensten sowie das Reflektieren des eigenen Verhaltens stehen dabei im Vordergrund
- Aufklären statt Verbieten

Es ist richtig, dass der Alltag vieler Kinder und Jugendlichen schon längst auch von der "virtuellen Welt" bestimmt wird. Jedoch haben gerade Kinder und Jugendliche noch kein so ausgeprägtes Bewusstsein für die Konsequenzen ihrer Handlungen und unterschätzen die Gefahren. Nach der "EU-Kids-Online"-Studie haben knapp 50 Prozent aller österreichischen Kinder mit völlig Fremden via Internet Kontakt. Ziel muss es sein, das Bewusstsein für diese Gefahren zu wecken. Es braucht Prävention und resilienzfördernde Maßnahmen, die bereits möglichst früh ansetzen. Ausreichende Aufklärung über die Gefahren inklusive Internetkriminalität soll deshalb bereits in der Schule beginnen. Wichtig ist auch, dass die Eltern die nötige Internetkompetenz haben bzw. sie die Möglichkeit haben, sich Internetkompetenz anzueignen. Studien zeigen nämlich, dass gerade österreichische Eltern das Risiko für ihre Kinder unterschätzen. Nur wenn die Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen und internetfit sind, können sie ihren Kindern helfen. Aus rechtlicher Sicht war es wichtig und richtet, dass Grooming und Cyber-Grooming seit 1. Jänner 2012 strafbar sind. Es muss auch für die Zukunft gewährleistet bleiben, dass die Gesetzgebung und die Rechtssprechung mit den aktuellen Entwicklungen auf Augenhöhe bleiben.

Die Gesetzgebung muss auf diese neuen Entwicklungen reagieren und entsprechende Schutzbestimmungen schaffen beziehungsweise ausbauen. Aktuellstes Beispiel ist Cyber-Grooming.

In erster Linie muss mehr Aufklärung her: Kinder und Jugendliche, sowie Eltern und Lehrpersonen müssen im Umgang mit neuen Medien geschult, sowie über Chancen und Gefahren informiert werden. Da Verbote nichts nützen, muss ein maß- und sinnvoller Umgang mit diesen Medien gelernt werden.

Neben dieser Medienkompetenz gilt es auch zu informieren, wie man sich als Opfer von Cybermobbing am besten verhält, was es zu beachten gibt und welche rechtlichen Schritte im Ernstfall möglich sind.

Es liegt vor allem an Eltern, Lehr- und anderen Vertrauenspersonen, die Kinder und Jugendlichen zu sensibilisieren, wo hier die Grenzen liegen. Ebenso sollte auch vermittelt werden, dass diese Medien zwar praktisch sind und Spaß machen können, aber nicht unentbehrlich sind.

Diesbezüglich sind wir noch in der Diskussionsphase.

Das ist ein sehr schwieriges Thema. Man wird auch hier versuchen müssen mit Information und Aufklärung zu arbeiten, bzw. verstärkt Meldestellen, oder

Ombudsstellen einrichten müssen. Die Lösung kann weder ständige Bespitzelung noch Zensur aller sein.

7. Einkaufszentren und Lokalmeilen werden gerade im städtischen Raum zusehends zu den Hotspots der Jugendlichen, welche Art der konstruktiven Freizeitgestaltung setzen Sie dieser Entwicklung entgegen?

Gerade in der Stadt Salzburg hat sich in den letzten Jahren viel getan. So wurden "Räume" geöffnet und nichtkommerzielle Freizeitangebote für und unter Einbeziehung junger Zielgruppen geschaffen. Gerade jetzt mit Beginn des Mai öffnet der SALZBEACH (Stadtstrand im Volksgarten) wieder seine Pforten. Dieser Strand verbindet das was junge Menschen mögen: Sport- und Kulturangebote, wie Musik, Beachvolleyball, Theater, Kino mit einer chilligen Atmosphäre. Noch dazu ohne Konsumzwang. Weitere erfolgreiche Angebote waren und sind: die DJ-Lounge "imGarten", die Almwelle zum Surfen, die Free-Concerts auf der Steinterrasse oder am Ursulinenplatz. Besonders hervorheben sei das Salzach-Ufer mit dem freien WLAN-Angebot "Salzburg surft!", das nun seit rund 10 Jahren besteht. Diese Angebote haben Vorbildwirkung für das gesamte Bundesland und können für andere Bezirke leicht adaptiert werden.

Toleranz, Verantwortung und Solidarität sind die Voraussetzung für ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft. Die Politik darf die Menschen dabei nicht bevormunden. Vielmehr müssen wir das Zusammenleben aller Generationen durch geeignete Rahmenbedingungen fördern. Gerade Jugendliche benötigen einen Raum, wo sie sich entfalten, mit Gleichaltrigen austauschen und Ansprechpartner finden können. Dazu braucht es mehr und modernisierte Jugendzentren, mehr Sportflächen und mehr Freiräume, die den Jugendlichen zugänglich sind. Jugendarbeit ist für uns auch ein Mittel zur Integration. Die Möglichkeit zum persönlichen Kontakt baut Scheu und Vorurteile ab. Deshalb sollen Dialog- und Begegnungsprozesse zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund gefördert werden.

Einkaufszentren und Lokalmeilen sind per se nichts Negatives, wenn sie als zusätzlicher Begegnungsraum für Kinder und Jugendliche dienen und die Jugendschutzbestimmungen eingehalten werden. Darüber hinaus muss das Augenmerk auf die Schaffung zusätzlicher Freiräume gelegt werden. Jugendgerechte Sportanlagen oder preisgünstige (kostenlose) Kulturangebote sind weitere Ansätze. Unser Ziel ist auch die Schaffung von altersübergreifenden Begegnungsräumen beziehungsweise die Nutzung des bestehenden Raumes auf Grundlage des gegenseitigen Respektes und der Rücksichtnahme. Das erfordert auch mehr Toleranz der Erwachsenen.

Rückeroberung von öffentlichem Raum: Junge Menschen brauchen Orte und Plätze, um sich entfalten zu können. Wir wünschen uns auf jeden Fall mehr preiswerte Möglichkeiten für sportliche Aktivitäten, die Kinder und Jugendliche ermöglichen, sich und ihr Körpergefühl zu erfahren und daneben wichtige soziale Kontakte knüpfen zu können. Dazu gehört auch, dass es Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird, sich in Naturräumen freier bewegen und hier Erfahrungen sammeln zu können. Dem steht im Wege, dass vieles, was im Freien Spaß macht, verboten ist. Hier wünschen wir uns mehr Möglichkeiten, sprich mehr Plätze, Flächen, Parks und Waldstücke, um Natur und Gemeinschaft erleben zu können, sich auszutoben und auch mal wild sein zu dürfen.

Ebenso wünschen wir uns, dass das kreative Potential von jungen Menschen in Musik, Tanz, und anderen Möglichkeiten des kreativen Ausdrucks gefördert wird. Dazu gehören auch der Ausbau von Jugendzentren und Kreativwerkstätten,

beispielsweise auch die kostenlose Bereitstellung von Musikinstrumenten in Schulen und Freizeiteinrichtung, sowie die Möglichkeiten, hier zwanglos zu lernen und Erfahrungen sammeln zu können.

Dann gewinnen Kinder und Jugendliche ihr Selbstwertgefühl durch soziale Bindungen, ihre kreative Kraft, sowie durch Naturerfahrungen und erliegen nicht so leicht dem Drang, diese mittels Konsumgüter und maßlosen Alkohol- oder Drogenkonsums kompensieren zu wollen.

Ausbau der Jugendzentren und ähnlicher Einrichtungen, zumindest keine weiteren Einschränkungen bei öffentlich zugänglichen Sportanlagen.

Die Politik soll den Menschen ein schönes Leben ermöglichen. Dazu gehört auch, dass man Kindern und Jugendlichen ein Umfeld schafft, in dem sich diese gerne aufhalten und sinnvoll ihre Freizeit gestalten können. Ob man den jungen Menschen nun Möglichkeiten für körperliche Betätigungen anbietet, oder zum Beispiel moderne Mediatheken ist einerlei: es muss ein vernünftiger Mix sein und man muss mit den Kindern und Jugendlichen für die Kinder und Jugendliche arbeiten. Nicht Dinge in ihrem Namen beschließen und später umsetzen die dann niemanden interessieren.